

frei.hessen

MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN



Energie für Hessen

Verantwortung für Hessen übernehmen

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

pünktlich zum Jahreswechsel halten Sie die jüngste Ausgabe von frei.hessen in Händen – oder lesen sie digital. 2023 wird ein sehr wichtiges Jahr für uns Freie Demokraten sein, denn im Herbst wählen die Hessinnen und Hessen einen neuen Landtag. Die hessische FDP hat dafür Anfang Dezember die Weichen gestellt und Dr. Stefan Naas zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gekürt. Die Freien Demokraten wollen als eigenständige Partei in die Wahl gehen mit dem Ziel, zu gestalten und in Hessen wieder Verantwortung zu übernehmen. Deswegen ist Stefan Naas nicht nur unser Spitzenkandidat, sondern auch unser Bewerber um ein Ministeramt. Ich bin überzeugt, dass unsere Parteifreundinnen und Parteifreunde eine hervorragende Wahl getroffen haben, denn Stefan Naas hat einen klaren marktwirtschaftlichen Kompass und weiß um die Bedeutung eines starken und leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes Hessen.

Für die hessische Wirtschaft, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger, war 2022 alles andere als ein leichtes Jahr. Zur Corona-Krise kam auch noch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine dazu. Das brutale Vorgehen des russischen Machthabers Putin war nicht nur ein Angriff auf unsere Werte und unsere Freiheit, er hat auch direkte Auswirkungen auf das Leben der Menschen in Hessen. Ob Privathaushalte oder Unternehmen, sie alle haben sich Sorgen gemacht um ihre Energieversorgung und die steigenden Energiepreise. Es ist gut, dass die Bundesregierung spürbare Entlastungen auf den Weg



gebracht hat. Gleichzeitig sind wir aber auch im Land gefordert, unseren Beitrag zu leisten.

Als Oppositionsfraktion im Hessischen Landtag haben wir Freie Demokraten früh die energiepolitischen Probleme benannt und Handlungsoptionen aufgezeigt. Das war zu einem Zeitpunkt, als die Landesregierung noch Heimwerker-Tipps zum Energiesparen gegeben hat. Offenbar war sich Schwarz-Grün der Dimension der Krise nicht bewusst. Die Bastel-Tipps müssen nicht zuletzt dem energieintensiven Mittelstand wie Hohn vorgekommen sein. Handwerksbetriebe wie Bäckereien und Metzgereien, die einen hohen Energiebedarf haben, können nicht einfach die Arbeit einstellen. Sie sichern die Grundversorgung mit Lebensmitteln und sind gleichzeitig Arbeitgeber. Als FDP-Fraktion haben wir daher den Dialog mit den Unternehmen gesucht, Betriebe besucht und deutlich gemacht, dass der Mittelstand Unterstützung braucht. Schließlich soll er auch weiterhin eine tragende Säule unserer Wirtschaft sein.

IHR

RENÉ ROCK
VORSITZENDER DER FRAKTION DER FREIEN
DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG

Foto: © Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

 facebook.com/FDPHessen/

 instagram.com/fdp_hessen/

 **Sie können frei.hessen**
auch online lesen:
fdp-hessen.de/frei-hessen

 twitter.com/fdphessen

 <https://fdp-hessen.de/>



Titelthema

4 „Die Energiefrage darf nicht zur Existenzfrage werden“

Landtagswahl 2023

8 Machen wir's für Hessen

Interview mit Stefan Naas

10 „Der Motor muss laufen“

Rückblick

11 Neumitgliedertreffen

Schwerpunkt

12 Energiepolitik braucht einen neuen Realismus

Fokus

14 Schwarz-Grün, verfassungswidrige Gesetze und kein Ende in Sicht ...

Reise

16 Freie Demokraten stehen fest an der Seite Israels

Meldungen

18 Persönliches



© Peimal/iStock / Getty Images Plus

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-14

FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG Stefanie Heil (V.i.S.d.P.), Schloßplatz 1–3, 65183 Wiesbaden, Telefon 0611 350-576, E-Mail: fdp@ltg.hessen.de, www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN Julian Kuhl (V.i.S.d.P.), Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-18, E-Mail: hessen@fdp.de, www.fdp-hessen.de

REDAKTION Oliver Stirböck, Wiebke Knell, Moritz Promny, Stefanie Heil, Julian Kuhl

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEIS iStock | Seiten 2–7; 14; 16–17: Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | Seite 8: Joel Barleben; 100 Marketing | Seite 11: FDP-Landesverband Hessen

„Die Energiefrage darf nicht zur Existenzfrage werden“

Starkes Engagement der Freien Demokraten für den Mittelstand in der Energiekrise



Es geht um die Wurst: Stefan Naas erkundigt sich bei Metzgermeister Florian Schmidt in Mühlheim über dessen Arbeit und Energiebedarf.

Der Ofen darf nicht ausgehen, das Kühlhaus nicht warm werden! Was erst mal selbstverständlich klingt, ist in der Realität Mahnung und Forderung zugleich und ist so etwas wie ein Leitsatz im politischen Tagesgeschäft der Freien Demokraten im Hessischen Landtag geworden. Die energiepolitischen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben außer vielen Privathaushalten nämlich auch energieintensiven Betrieben die Sorgenfalten auf die Stirn getrieben. Dabei handelt es sich keinesfalls nur um riesige Industriebetriebe, sondern in vielen Fällen um mittelständische Unternehmen wie die Bäckerei oder auch die Metzgerei „um die Ecke“. Dass aber ein kalter Ofen kein Brot backt, weiß schon ein altes Sprichwort. „Alarmstufe Brot“ ist daher nicht nur ein Social-Media-Hashtag, sondern wurde auch schnell zum Thema der FDP-Landtagsfraktion.

„Das Handwerk ist eine zentrale Säule des Mittelstandes und dieser wiederum von elementarer Bedeutung für unsere Wirtschaft. Für uns als FDP war und ist es daher selbstverständlich, dass wir an der Seite des Mittelstandes stehen und uns um dessen Belange kümmern“, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Land-

tagsfraktion, Dr. Stefan Naas. Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag haben die Lage des Mittelstandes angesichts der akuten Krise aus diesem Grund auf ihrer politischen Agenda ganz nach oben gesetzt und sich im Dialog mit den Betroffenen sowohl einen Überblick über die Probleme der energieintensiven Betriebe verschafft als auch nach Lösungen gesucht – und das mit der gebotenen Eile. „Es war klar, dass die Zeit drängt, wenn die Energiefrage nicht zur Existenzfrage werden soll.“

Den Betroffenen zuhören und deren Sorgen ernst nehmen

Was Bürgerinnen und Bürger beim Bäcker oder Metzger in ihrem Ort schon zwischen Brotregal, Kuchentheke und Kasse gehört hatten, haben Vertreterinnen und Vertreter von Innungen und Kammern denn auch in einer aufgrund der Dringlichkeit kurzfristig organisierten Gesprächsrunde in den Fraktionsräumen der Freien Demokraten bestätigt: „Uns war es wichtig, die Betroffenen direkt zu hören und ihnen zu zeigen, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen. Die Vertreterinnen und Vertreter des Handwerks haben

dann anschaulich dargestellt, dass gerade die Betriebe, die Lebensmittel herstellen, gestiegene Produktionskosten nicht eins zu eins an ihre Kundinnen und Kunden weitergeben können, wenn sie diese nicht förmlich zu den Discountern treiben wollten. Niemand will zum Beispiel ein Croissant für vier Euro kaufen“, erklärt Naas und ergänzt: „Es sind ausgerechnet Bäckereien und Metzgereien, die nicht nur steigende Rohstoffpreise zu tragen haben, sondern auch noch sehr viel Energie benötigen, die immer teurer wird. Sie sind aber über das sprichwörtliche tägliche Brot und ihre Rolle als Geschäfte des täglichen Bedarfs hinaus enorm wichtig für unsere Gesellschaft, denn sie bieten und sichern Arbeitsplätze und erwirtschaften Steuern in nicht unerheblichem Maß. Und nicht zu vergessen: Sie sind auch Hochfrequenzbringer für die Einkaufsstrassen. Wenn die Bäcker und Metzger dichtmachen müssen, wäre das ein heftiger Schlag für die Innenstädte, für deren Erhalt und Zukunft wir Freie Demokraten seit langem kämpfen und Vorschläge unterbreiten. Uns liegt eine lebendige Innenstadt mit Bäckern und Metzgern am Herzen, denn sie stehen für Heimat und Lebensqualität. Wenn diese Geschäfte als Konsequenz der steigenden Energiepreise schließen müssten, wäre das verheerend und würde die Innenstädte allen Förderprogrammen zum Trotz weiter veröden lassen.“

Betriebe sind unverschuldet in Not

Zu bedenken sei, dass die energieintensiven Betriebe unverschuldet in Not geraten seien. Die Ursache ihrer



Marion Schardt-Sauer informiert sich im Betrieb von Johannes Schäfer, Chef des Unternehmens „Schäfer Dein Bäcker“, über die Sorgen und Nöte des Handwerks.



Wiebke Knell will von Olaf Nolte, dem Obermeister der Bäcker-Innung Schwalm-Eder, wissen, welche Unterstützung er sich von der Politik erhofft.

Schwierigkeiten liege mitnichten in der unternehmerischen Verantwortung oder sei schlechtes Wirtschaften, sondern der infolge der Ukraine-Krise gestiegene Gaspreis. Außerdem sei es reiner Zufall, ob ein Betrieb früh von den extrem hohen Energiekosten betroffen ist und gar am sehr teuren Spotmarkt einkaufen muss, weil ihm vom Versorger gekündigt wurde beziehungsweise sein Vertrag ausgelaufen ist, oder ob der Betrieb aufgrund eines laufenden Vertrags noch stabile Konditionen hat. „Die Mittelständler, mit denen wir gesprochen haben und die die Abgeordneten unserer Fraktion in ihren Wahlkreisen besucht haben, können nichts für ihre Misere. Sie haben alles getan, um Kosten zu sparen, haben ihre Betriebsabläufe optimiert. An den Backöfen und Kühlanlagen lässt sich aber nicht so ohne weiteres Energie sparen. Deshalb war und ist staatliche Unterstützung dringend geboten. Alles andere wäre unterlassene Hilfeleistung.“

Bürokratie belastet den Mittelstand besonders hart

Naas betont mit Blick auf die Bäckereien: „Dass am Ende nur noch die international agierenden Großbetriebe erhalten bleiben, die Brötchen als Aufbackware im Supermarkt verkaufen, kann niemand wollen.“ Aus diesem Grund haben die Freien Demokraten frühzeitig zur Sprache gebracht, dass das zunächst vom grünen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck präsentierte sogenannte Energiekostendämpfungsprogramm nur jene industriellen Hersteller berücksichtigt hat, aber ausgerechnet handwerkliche Bäckereien oder Metzgereien außen vor bleiben sollten. Darüber hinaus hatte



FDP-Fraktionsvorsitzender René Rock im Gespräch mit Bäckermeister Heinz Lautenschläger in Babenhausen.

es weitere Schwächen – unter anderem eine komplizierte Antragstellung, die von kleinen Betrieben kaum zu leisten war. Kleine und mittlere Unternehmen seien schon aufgrund ihrer Größe nicht in der Lage, eine eigene Rechtsabteilung zu beschäftigen. Bürokratiebelastung treffe den Mittelstand außerdem besonders hart. „Deswegen haben wir Freie Demokraten große Sympathie für ein Belastungsmoratorium für die kommenden drei Jahre: Das heißt, dass Gesetze und Verordnungen nur dann erlassen werden können, wenn damit keine zusätzliche Bürokratiebelastung einhergeht“, erklärt Naas.

So gut es ist, dass die Bundesregierung mit liberaler Beteiligung mit Strom- und Gaspreisbremse umfassende Hilfen zur Bewältigung der Energiekrise auf den Weg gebracht hat, so wichtig ist nach Überzeugung der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, dass auch die Landesregierung Verantwortung übernimmt. „Schon in der Corona-Krise hat Hessens grüner Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir immer wieder gern mit den Schultern gezuckt und nach Berlin verwiesen“, erinnert Naas. „Vom Wirtschaftsminister eines Bundeslandes, in dem die Wirtschaft eine große Rolle spielt, muss man aber mehr erwarten können. Eigentlich müsste es so sein, dass das Land die bundesseitigen Förderungen noch ergänzt.“

Auch die WI-Bank kann helfen

Konkret haben die Freien Demokraten schon im September gefordert, einen Landes-Notfallfonds für energieintensive Betriebe einzurichten. „Dafür hätte der Corona-Notfallfonds reaktiviert werden können, quasi als



Die Herstellung des sprichwörtlichen täglich Brot ist energieintensiv.

Stoßdämpfer für den Mittelstand“, sagt Naas, der stets für unbürokratische Unterstützung wirbt. „Schließlich ist das Letzte, was die Betriebe brauchen, ein kompliziertes, überfrachtetes Antragsverfahren.“ Ergänzend dazu wäre es nach Ansicht der Liberalen ein gutes Signal an die betroffenen Unternehmen, wenn die WI-Bank auf die Rückzahlung der Mikrodarlehen aus der Corona-Krise zumindest in Teilen verzichten würde. „Auch hierzu ist der zuständige Minister leider lange Zeit stumm geblieben.“



Dr. Matthias Büger, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, informiert sich im Betrieb von Bäcker Bernd Braun in Gießen.



© Joel Barleben; 100 Marketing

Machen wir's für Hessen

Landesparteitag und Landesvertreterversammlung in Wetzlar

„Lasst uns gemeinsam Wahlkampf machen. Lasst uns gemeinsam kämpfen wie ein Löwe! Machen wir's für Hessen!“ Mit einer mitreißenden und motivierenden Rede bewarb sich Stefan Naas Anfang Dezember bei den in Wetzlar versammelten Delegierten als Spitzenkandidat für die Landesliste der Freien Demokraten Hessen zur Landtagswahl im kommenden Jahr. Dabei formulierte der 49 Jahre alte Jurist aus dem Hochtaunuskreis das Ziel, Schwarz-Grün und damit den Stillstand in Hessen zu beenden. Es brauche eine Partei in der Regierung, die das Aufstiegsversprechen jedes Einzelnen ernst nehme, die

sich für verfassungskonforme, solide Finanzen und eine klare Wirtschaftspolitik einsetze. „Der Motor muss laufen!“ und „Wir helfen denen, die

anpacken wollen!“, machte der Landtagsabgeordnete und Sprecher für Wirtschaftspolitik deutlich. Hessen müsse dringend auch den Ausbau der Infrastruktur voranbringen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Er unterstrich die Bedeutung leistungs-

fähiger Straßen- und Schienennetze für die Wirtschaft und die Menschen sowie den Stellenwert des Frankfurter Flughafens als Hessens „Tor zur Welt“, das offen bleiben müsse. Deshalb setzten sich die Freien Demokraten als Mobilitätspartei für einen Verkehrsmix ein, der keinen Verkehrsträger benachteiligt und auch den ländlichen Raum unterstützt. Auch für beste Bildung und lebenslanges Lernen stehe seine Partei wie keine andere. Die klu-

„Wir kämpfen für die beste Idee der Welt, die Idee der Freiheit.“

Stefan Naas
Spitzenkandidat der Freien Demokraten Hessen zur Landtagswahl 2023



© Joel Barleben; 100 Marketing

Stefan Naas bei seiner Bewerbungsrede als Spitzenkandidat der Freien Demokraten Hessen zur Landtagswahl 2023.

gen Köpfe in Hessen seien die wichtigste Ressource des Landes, betonte Stefan Naas. Er bezeichnete es als Skandal, dass Bildungschancen so stark abhängig vom Elternhaus seien. Um hier endlich gegenzusteuern, müsse besonders die Ausbildung von Lehrkräften attraktiver werden, um den Lehrermangel zu bekämpfen. Außerdem müssten digitale Bildungsangebote gestärkt werden. Es brauche endlich Fortschritt statt Durchschnitt, betonte ein entschlossener und kämpferischer Stefan Naas.

Zuvor hatte Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger in ihrer Rede den Delegierten die rhetorische Frage gestellt, welche mutigen Reformen die schwarz-grüne Landesregierung vorangetrieben habe. Im Fehlen dieser

Reformen liege das Problem. Hessen brauche deshalb 2023 mehr „liberale Energie“ in der Landesregierung. Die Freien Demokraten stünden für Aufstiegschancen, Leistungsfreude und Technologieoffenheit, sagte die Landesvorsitzende.

„Wir setzen auf die großen Sprünge der Technologie und nicht auf die kleinen Schritte des Verzichts“, betonte Bettina Stark-Watzinger, die seit dem vergangenen Jahr auch Bundesministerin für Bildung und Forschung ist. Sie unterstrich weiterhin, dass die Freien Demokraten eine eigenständige Kraft seien und blieben.

Die Delegierten der Landesvertreterversammlung wählten Stefan Naas schließlich mit einem überragenden Ergebnis von 93,2 Prozent der Stimmen auf Platz eins der Landesliste und damit zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2023. Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger zeigte sich sehr zufrieden: „Wir Freie Demokraten haben heute ein starkes Team aufgestellt. Unser Spitzenkandidat Stefan Naas zeigt als wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, dass sein Herz für die soziale Marktwirtschaft schlägt. Mit ihm sowie den weiteren Kandidatinnen und Kandidaten haben wir eine schlagkräftige Mannschaft, um Hessen zu gestalten.“



**ZUR VOLLSTÄNDIGEN LANDESLISTE
DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN:**



fdp-hessen.de/unsere-landesliste-zur-landtagswahl-2023/

Die ersten Plätze unserer Landesliste zur Landtagswahl 2023:



1. Dr. Stefan Naas



2. René Rock



3. Wiebke Knell



4. Moritz Promny



5. Marion Schardt-Sauer



6. Dr. Matthias Büger



7. Yanki Pürsün



8. Oliver Stirböck



9. Lisa Deißler



10. Max Grotepaß



11. Anke Pfeil



12. Dr. Julia von Buttlar

Bildnachweis
Platz 1: FDP-Landesverband Hessen; Plätze 2-3 und 5-9: Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag;
Platz 4: FDP-Landesverband Hessen; Platz 10: Barbara Schneider; Platz 11: Anke Pfeil, privat; Platz 12: Fotostudio Michels

„Der Motor muss laufen“

Spitzenkandidat Stefan Naas sagt, was nach der Landtagswahl 2023 zählt

Seit 3. Dezember ist Dr. Stefan Naas offiziell Spitzenkandidat der Freien Demokraten für die hessische Landtagswahl im kommenden Jahr. Bei der Landesvertreterversammlung, die parallel zum Landesparteitag in Wetzlar stattfand, wurde der 49 Jahre alte Jurist aus dem Hochtaunuskreis mit 93,2 Prozent der Stimmen zur Nummer eins der Landesliste gewählt. frei.hessen hat mit dem frisch gekürten Spitzenkandidaten über seine Nominierung, seine Ziele und das löwenstarke FDP-Team gesprochen.



tos Straßen benötigen. Darüber hinaus braucht es nach meiner Überzeugung aber auch Investitionen in die Schieneninfrastruktur und auch in Radwege. Die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen im Ballungsraum sind andere als die der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum. Wir wollen niemandem vorschreiben, ob er zu Fuß geht, das Auto oder den Zug nimmt. Deshalb werbe ich für einen Mix der Verkehrsträger. Wir sind Mobilitätspartei.

© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Herr Dr. Naas, wie haben Sie Ihre Wahl zum Spitzenkandidaten erlebt? 93,2 Prozent sind doch ein tolles Ergebnis?

Naas: Ich bin in der Tat sehr zufrieden mit dem Ergebnis, mit dem meine Parteifreundinnen und Parteifreunde das einstimmige Votum des Landesvorstandes, der mich vorgeschlagen hatte, bestätigt haben. Der Parteitag und die Vertreterversammlung waren sehr emotional für mich. Ich bin ein überzeugter Liberaler, und es ist mir eine Ehre, unsere Partei als Spitzenkandidat in die Wahl führen zu dürfen. Ich bin äußerst dankbar für die breite Zustimmung und das Vertrauen. Beides hat sich nicht nur im Ergebnis, sondern auch in vielen Rückmeldungen gezeigt, die ich bekommen habe. Das hat mir auch persönlich ordentlich Schub gegeben.

Schub und neue Energie wollen die Freien Demokraten auch nach der Landtagswahl für Hessen erreichen ...

Naas: Ja, Hessen steht nach neun Jahren Schwarz-Grün nur mittelmäßig da, denn die Landesregierung hat viele Chancen vertan und wichtige Themen schleifen lassen oder sogar vergeigt. Denken wir beispielsweise nur an die verlorene IAA, die zu vorsichtige Corona-Politik und den fehlenden Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

An welche Verkehrsträger denken Sie?

Naas: Für uns als Freie Demokraten ist klar: Der Feldzug gegen das Auto muss aufhören. Das heißt, dass es auch weiterhin Investitionen in den Straßenbau geben muss. Den Grünen müsste mal einer erklären, dass auch E-Au-

Womit wollen Sie die Hessinnen und Hessen im Wahlkampf noch überzeugen?

Naas: Nicht umsonst sind Wirtschaft und Bildung zwei Kernthemen von uns Freien Demokraten. Die vom amtierenden Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir sträflich vernachlässigte hessische Wirtschaft hat es verdient, dass sie wieder einen Kümmerer bekommt. Der wirtschaftliche Erfolg Hessens ist in erster Linie das Ergebnis der Arbeit von Millionen Menschen. Die Politik muss aber für den Wirtschaftsstandort Hessen die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Der Motor muss laufen.

Wie sieht es im Bildungsbereich aus?

Naas: Dank der kontinuierlichen Arbeit unseres Fraktionsvorsitzenden René Rock haben wir eine starke Kompetenz, was frühkindliche Bildung angeht. Hier dürfen wir ebenso wenig nachlassen wie im Bereich der Schulen. Die aktuelle Landesregierung schafft es weder, die Schulen anständig zu digitalisieren, noch vermag sie es, ausreichend Lehrkräfte zu gewinnen. Es reicht nicht, die Stellen zu schaffen. Eine Stelle allein gibt noch keinen Unterricht.

In Wetzlar haben die Delegierten gelbe Hoodies mit dem stilisierten Hessen-Löwen und dem Schriftzug „Roaring Hessen“ getragen. Das ist mehr als ein Hingucker, oder?

Naas: Definitiv! Wir wollen Hessen gestalten, und dafür kämpfen wir lautstark mit Löwenmut und Löwenkraft. Uns Freie Demokraten kann man nicht übersehen – nicht nur wegen der gelben Hoodies.

Neumitgliedertreffen

Neue Gesichter bei den Freien Demokraten Hessen

Auch in diesem Jahr haben die Freien Demokraten in Hessen wieder ein Neumitgliedertreffen veranstaltet, um den „frisch gebackenen“ Freidemokratinnen und Freidemokraten den Einstieg in das Parteileben zu erleichtern. Im September folgten dazu zahlreiche Neumitglieder der Einladung von Generalsekretär Moritz Promny nach Eppstein im Main-Taunus-Kreis.

Die Veranstaltung eröffnete Dr. Thorsten Lieb, stellvertretender Landesvorsitzender und Bundestagsabgeordneter. Dabei unterstrich er, dass es wichtiger denn je sei, sich politisch zu engagieren und seine Stimme in den politischen Diskurs einzubringen.

In ihrem darauffolgenden Impulsvortrag sprach Bettina Stark-Watzinger, Landesvorsitzende und Bundesministerin für Bildung und Forschung, über die aktuelle politische Lage. Sie ging unter anderem ein auf die Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen die russischen Truppen, die Bedeutung von Forschung und Innovationen für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und die Herausforderungen, die es auf dem Weg hin zu bester Bildung als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben zu lösen gilt.



kungsmöglichkeiten in der Partei hervor. Ob durch die Teilnahme an liberalen Mitgliedertreffen, die aktive Unterstützung im Wahlkampf oder durch die Entwicklung

programmatischer Anträge in den Orts- oder Kreisverbänden – jedem Mitglied stehen vielfältige Möglichkeiten offen, liberale Politik aktiv mitzugestalten.

In der anschließenden Diskussion im Fishbowl-Format nutzten die engagierten Mitglieder die Chance, Themen anzusprechen, die ihnen besonders am Herzen liegen. Dazu standen auf dem Podium neben Moritz Promny und Dr. Thorsten Lieb auch der Bundestagsabgeordnete Alexander Müller und der Landtagsabgeordnete Oliver Stirböck für den direkten Austausch zur Verfügung. Ein beliebtes Diskussionsthema waren die Herausforderungen in der Bildungspolitik, darunter auch das Thema Finanzbildung in der Schule. Vor dem Hintergrund des andauernden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wurde auch über dessen Auswirkungen auf Deutschland und die politischen Konsequenzen diskutiert. Darüber hinaus erläuterten einige Neumitglieder auf dem Podium, was sie zu einer Mitgliedschaft bei den Freien Demokraten motiviert hat. Insbesondere das optimistische, auf Eigenverantwortung setzende Menschenbild der Liberalen war hier ein wichtiger Beweggrund.

Zum Abschluss eines interessanten Tages mit vielen neuen Impulsen konnten sich die Neumitglieder bei einem Get-together untereinander vernetzen und näher kennenlernen.



„Jedes Mitglied ist eine Bereicherung für unsere Partei. Das individuelle Engagement macht uns Liberale stark.“

Moritz Promny
Generalsekretär der
Freien Demokraten Hessen

Generalsekretär Moritz Promny erläuterte den interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern schließlich den Aufbau und die Arbeitsweise der Freien Demokratischen Partei, sowohl in Hessen als auch auf Bundesebene. Dabei präsentierte er das Leitbild der Freien Demokraten, das die Grundlage für die Entwicklung liberaler Politikkonzepte bildet. Besonders hob Moritz Promny die Mitwir-



MEHR AUF
INSTAGRAM





Energiepolitik braucht einen neuen Realismus

Während die Landesregierung in Person von Wirtschafts- und Energieminister Tarek Al-Wazir noch in der Hobbythek am Basteln war, hat sich die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag längst um das drängende Thema dieses Winters gekümmert: die Energieversorgung. „Wir Freie Demokraten haben schon im Sommer den Herbst und Winter im Fokus gehabt und als erste Fraktion auf das drohende Krisenszenario wegen Gasmangels hingewiesen. Zu dieser Zeit hat Schwarz-Grün in Hessen den Bürgerinnen und Bürgern noch Heimwerkertipps gegeben, anstatt sich seriös mit dem Energieproblem zu befassen“, sagt René Rock. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Hessischen Landtag ist auch energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energie der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz. „Umfragen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger Energie als das wichtigste Thema betrachten. Sie erwarten von der Politik Antworten und Lösungen“, weiß Rock.

Dass die Energiefrage eine so hohe Brisanz habe, sei aber nicht allein dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geschuldet, sondern auch eine Folge der deutschen Ener-

giepolitik. „Diese ist seit vielen Jahren von grünen, mitunter naiven Wünschen geprägt, aber leider kaum von Fakten. Es kann nicht sein, dass man aus Kohle und Kernkraft gleichzeitig aussteigen will, ohne echte Alternativen vorzulegen. Das ist aber nie passiert. Der Ausbau der erneuerbaren Energien funktioniert eben nicht über Nacht“, betont Rock. „Während die Grünen in Hessen immer wieder versuchen, vermeintlich große Erfolge der Energiewende zu verkaufen, sind im ersten Halbjahr dieses Jahres in Hessen tatsächlich nur zwei Windkraftanlagen in Betrieb gegangen.“

Rock fordert: „Wir brauchen jetzt in Hessen und Deutschland einen neuen Realismus in der Energiepolitik. Heißt: eine faktenbasierte Politik des Machbaren, nicht des Wünschenswerten, mit klaren Prioritäten. Hauptkriterium muss sein, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Punkt zwei ist, sicherzustellen, dass Energie bezahlbar ist. Beides muss mit Klimafreundlichkeit und Zukunftsfähigkeit der Energieträger verbunden werden.“ Für die Versorgungssicherheit seien elementare Fragen zu beantworten. So werde in der öffentlichen Debatte oft vergessen, dass Gaskraftwerke neben erneuerbaren



Energien die zweite Säule der Energiewende seien. Sie müssen, vereinfacht ausgedrückt, dann „einspringen“, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, also Sonnen- und Windenergie nicht zur Verfügung stehen. „Das ist viel häufiger der Fall, als uns Grün weismachen will. In den dunklen Herbst- und Wintermonaten fällt die Solarenergie fast aus, und im Sommer gibt es häufiger Zeiten, in denen zwei, drei Wochen fast kein Wind weht“, erinnert Rock. „Wenn aber für die Kraftwerke keine Kohle mehr genutzt werden soll und Gas nicht oder nur zu hohen Preisen zur Verfügung steht – was ist dann mit den Kraftwerken?“ Er wirbt vor diesem Hintergrund dafür, Möglichkeiten des Biomethaneinsatzes stärker zu nutzen. „Es gibt Schätzungen, dass das Potenzial von aus Biomasse erzeugtem Erdgas bis 2030 zehn Mal so hoch sein könnte wie derzeit, wenn Genehmigungshindernisse und Beschränkungen abgebaut werden“, erklärt Rock, der sich darüber hinaus seit langem vor allem für eine stärkere Nutzung von Wasserstoff und den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur einsetzt. „Wasserstoff ist der Schlüssel für eine erfolgreiche, zukunftsfähige Energieversorgung. Deshalb haben wir schon im vergangenen

Jahr dazu ein Gesetz in den Landtag eingebracht. Tarek Al-Wazir verschläft aber auch hier die Entwicklung. Hessen droht in Sachen Wasserstoff das Abstellgleis, während Länder wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern viel Geld in die Technologie investieren“, erläutert Rock.

Er warnt davor, durch künstliche Verknappung aus ideologischen Gründen die Preise noch weiter in die Höhe zu treiben. „Genau das passiert aber, wenn Kraftwerke – zum Beispiel Atomkraftwerke – abgeschaltet werden, und gefährdet dann den Industrie- und Wirtschaftsstandort Hessen“, mahnt Rock. „In der Folge stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel, und Lieferketten werden unterbrochen.“

Klimafreundlich handeln lasse sich gleichwohl: „Wer die Emissionen sinnvoll senken will, muss ermitteln, wie viel Kohlendioxid durch welche Technologie schnell ersetzt werden kann“, betont Rock. CO₂-Einsparungskosten und Schnelligkeit seien die maßgeblichen Kriterien eines wirklich effektiven Klimaschutzes. „Dafür braucht es eine uneingeschränkte Technologieoffenheit statt einer ideologischen Verengung.“

Schwarz-Grün, verfassungswidrige Gesetze und kein Ende in Sicht ...

Die Spitze des Hessischen Landeskriminalamts soll gegen heftige Widerstände von Experten trotzdem politisch besetzt werden. Für die neue Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) wurde eine Rechtskonstruktion gewählt, die die Wissenschaftsfreiheit gefährdet. Mit den neuen Sicherheitsgesetzen soll in Hessen eine nahezu grenzenlose Videoüberwachung möglich werden. Diese Liste der Themenfelder, auf denen es die schwarz-grüne Landesregierung mit der Verfassung nicht so genau nimmt, wird ergänzt durch die bereits vom Staatsgerichtshof respektive Verwaltungsgerichtshof per Urteil verkündeten Verfassungsbrüche der Landesregierung beim Gesetz zum Corona-Sondervermögen und bei der Beamtenbesoldung. Dass diese Liste im Laufe der vergangenen Jahre immer länger geworden ist, treibt allen, für die „Rechtsstaat“ nicht nur eine Worthülse ist, die Sorgenfalten auf die Stirn: so auch den Freien Demokraten im Hessischen Landtag.

„Es ist schon erstaunlich, dass es einer Regierung und den sie tragenden Fraktionen in einer Legislaturperiode gleich mehrfach gelingt, die Opposition mit ihren schlechten Gesetzen förmlich zum Klagen zu zwingen“, stellt Stefan Müller fest. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender sowie innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion und hat in den vergangenen Monaten zwei sogenannte Normenkontrollanträge beim Hessischen Staatsgerichtshof mit auf den Weg gebracht: eben gegen die Besetzung der LKA-Spitze mit einem politischen Beamten und gegen die Rechtskonstruktion der HöMS. In beiden Fällen hat die Fraktion der Freien Demokraten den Klageweg gemeinsam mit der SPD-Fraktion eingeschlagen, in beiden Fällen steht das Urteil noch aus.

„Hessens Innenminister Peter Beuth mag mittlerweile seinen Rückzug aus der Landespolitik angekündigt haben; vorher hat er aber noch einige Anstrengungen

unternommen, an Macht und Einfluss zu gewinnen. Dafür nimmt er zumindest in Kauf, auch gegen die Verfassung zu verstoßen. Nichts anderes steht hinter den Gesetzen zur HöMS und zur LKA-Spitze, gegen die wir klagen“, sagt Müller. „Wenn Peter Beuth einen politischen Beamten an die Spitze des Landeskriminalamts setzt, dann will er sich die Möglichkeit schaffen, durchzuregieren. Dabei ist die Besetzung der LKA-Spitze mit einem politischen Beamten weder mit dem Grundgesetz noch mit der Hessischen Landesverfassung vereinbar“, erklärt Müller. „Das Landeskriminalamt ist eine reine Fachbehörde, deren Spitze deswegen auch nach rein fachlichen Kriterien ausgewählt werden und arbeiten muss, nicht nach politischen.“

Ähnlich verhalte es sich bei der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit: „Nach dem



Stefan Müller wirft die Klageschrift gegen das Konstrukt der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit beim Hessischen Staatsgerichtshof ein.



HöMS-Gesetz entscheidet der Innenminister über die Berufung und Abberufung des Hochschulpräsidenten sowie die Ernennung des Vizepräsidenten für polizeiliche Aufgaben und des Kanzlers der Hochschule. Das Gesetz ist maßgeschneidert, damit der Innenminister die Ausrichtung der Polizeiausbildung in Hessen nach seiner persönlichen politischen Agenda formen kann. Er will offenbar schon bei der Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten auf allen Ebenen politisch durchregieren. Dann darf er aber dafür keine echte Hochschule gründen, in der die Hochschulfreiheit gilt, das passt nicht zusammen“, sagt Müller. Dazu komme, dass das Dienstrecht der Polizei und deren hierarchische Organisation mit der Freiheit der Wissenschaft und dem Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen kollidierten, die beide Verfassungsrang haben. Müller warnt: „An der HöMS steht die Freiheit der Wissenschaft infrage!“

„Besonders besorgt sind wir Freie Demokraten darüber, dass aufseiten von Schwarz-Grün kein Umdenken einsetzt“, betont Müller, der die hessische Regierung auf dem Weg zu einem weiteren Verfassungsbruch sieht. „Die vom Innenminister vorgeschlagenen Änderungen der Sicherheitsgesetze sind schon wieder verfassungswidrig. Das gilt allem voran im Bereich der Videoüberwachung, die künftig anders als bislang in allen Einkaufszentren, Flughäfen, Bahnhöfen, an Packstationen und in Sportstätten möglich sein soll, ohne dass konkrete Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen. Das ist nicht mehr verhältnismäßig und verfassungsrechtlich nicht haltbar.“ Gut möglich, dass der FDP als Oppositionsfraktion, die ihre Aufgabe ernst nimmt, auch bei diesem Thema nur ein weiterer Gang zum Staatsgerichtshof übrig bleibt, sollte Schwarz-Grün nicht zur Vernunft kommen und das Gesetz noch rechtzeitig korrigieren.

Freie Demokraten stehen fest an der Seite Israels



FDP-Fraktionsvorsitzender René Rock legt einen Kranz in der Gedenkstätte Yad Vashem nieder.



Die Halle der Namen in Yad Vashem ist ein Ort des Gedenkens.

Das Programm war umfangreich, die Begegnungen und Eindrücke waren prägend: Die Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag hat im Sommer Israel und die palästinensischen Gebiete besucht und sich dort ein Bild von der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage des Landes gemacht. „Die Beziehungen zu Israel sind für uns Freie Demokraten von enormer Bedeutung, und wir verstehen uns als Partner, der fest an der Seite Israels steht. Aus diesem Grund haben wir es uns als Fraktion vorgenommen, in jeder Legislaturperiode einmal nach Israel zu reisen“, erklärt Fraktionsvorsitzender René Rock. Mit seinen Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen war er zu Gast in Jerusalem, in Tel Aviv und in Ramallah.

Eine Erkenntnis der Reise: „Israel ist ein Vorbild, wie Innovation funktioniert“, berichtet René Rock beeindruckt. Die Fraktion hat unter anderem Gespräche mit Wirtschaftsvertretern geführt, eine Führung durch die Knesset bekommen und gesehen, wie ein moderner Staat funktioniert. „Das gilt für das Parlament, in dem alle Abgeordneten ein Tablet auf dem Platz haben und Bürgerinnen und Bürger binnen kurzer Zeit sehen können, wie der einzelne Abgeordnete abgestimmt hat. Und das gilt für die Förderung der Gründerkultur. Israel ist nur wenig größer als Hessen, hat aber in der Start-up-Szene allein im Jahr 2021 33 sogenannte Einhörner hervorgebracht, während Hessen mit Mühe und Not ein solches Erfolgs-Start-up aufzuweisen hatte“, erzählt Rock. Ein Gespräch mit Vertretern der Außenhandelskammer in Tel Aviv hat den Freien Demokraten zudem verdeutlicht, dass der Kontakt zwischen israelischen und hessischen Unternehmen intensiviert werden sollte. „Die Landesregierung muss Türen öffnen und eine engere Verzahnung anstreben.“

Für die FDP-Gruppe war es selbstverständlich, in Israel die zentrale Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zu besuchen und dort einen Kranz niederzulegen. „Als Deutsche haben wir aufgrund unserer Geschichte eine besondere Verantwortung. Entsprechend bewegt waren wir von dem, was wir in der Gedenkstätte gesehen und gehört haben.“ Als besonders eindrücklich habe die Gruppe das Denkmal für die Kinder, die Opfer des Holocaust wurden, und das Tal der Gemeinden empfunden. Letzteres ruft die



Die Gruppe der hessischen FDP-Fraktion besuchte auf ihrer Reise auch die Knesset, das israelische Parlament.

Namen von mehr als 5000 jüdischen Gemeinden in Erinnerung, die im Holocaust zerstört wurden oder nur knapp überlebten. „Der Besuch in der Gedenkstätte hat uns vor Augen geführt, wie wichtig für uns der Kampf gegen Antisemitismus ist. Auch heute kommt es vor unserer Haustür und vor unseren Augen noch immer zu Anfeindungen gegenüber Menschen jüdischen Glaubens. Diesen Anfeindungen und Antisemitismus im Allgemeinen müssen wir jeden Tag aufs Neue entgegentreten“, betont Rock.

Wie wichtig das ist, hat der Antisemitismus-Skandal bei der documenta 15 in Kassel bewiesen. Während die FDP-Gruppe in Israel unterwegs war, musste in Hessen über das Zeigen von Kunstwerken mit antisemitischer Bildsprache diskutiert werden. Das wurde durchaus auch in Israel wahrgenommen. „Das haben wir als besonders beschämend empfunden. Für uns war das Zeigen von Kunst mit antisemitischem Inhalt umso schlimmer, weil entsprechende Warnungen und Bedenken in Bezug auf die Gefahr von Antisemitismus bei der documenta vorab nicht nur von uns Freien Demokraten geäußert wurden, aber nicht ausreichend ernst genommen wurden“, sagt Dr. Stefan Naas.

Er war nicht nur bei der Israel-Reise dabei, sondern hat sich auch als kulturpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion intensiv mit der documenta beschäftigt. In dieser Funktion hat er auch die zuständige Ministerin für Wissenschaft und Kunst in die Pflicht genommen. „Kulturministerin Angela Dorn ist bei der documenta ihre eigene Nachlässigkeit auf die Füße gefallen. Sie hat lange nicht

sehen oder zugeben wollen, dass einige Kuratoren und Künstler antisemitische Positionen vertreten. Am Ende stand eine gescheiterte documenta, bei der die Verantwortung hin und her geschoben wurde – und ein beschädigtes Ansehen, weil ausgerechnet in Deutschland Antisemitismus zur Schau gestellt wurde“, stellt Naas enttäuscht fest.



Die goldene Menora steht in der Jerusalemer Altstadt vor der Hurva-Synagoge.

Persönliches

Wasserstoffbeauftragter im BMBF

Till Mansmann ist neuer Innovationsbeauftragter „Grüner Wasserstoff“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Der Bundestagsabgeordnete aus Heppenheim treibt seit August im Hause von Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger die Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie voran, die Teil des Koalitionsvertrags ist. Ziel ist unter anderem, die großen Chancen einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft in Deutschland vollumfänglich zu nutzen. Als entwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion möchte Till Mansmann auch die globalen Perspektiven der Wasserstofftechnologie zunehmend in den Fokus nehmen. Wir gratulieren ihm herzlich zum neuen Amt und wünschen viel Erfolg!



© Rina Zinman



© Kirsten Moews

FDP-Bürgermeister in Morschen

Roland Zobel ist neuer Bürgermeister der nordhessischen Gemeinde Morschen im Schwalm-Eder-Kreis. Der Kandidat der Freien Demokraten gewann die Wahl überzeugend gegen den Amtsinhaber. Als Bürgermeister möchte sich Roland Zobel unter anderem für zeitgemäße Mobilitätskonzepte, Betreuungsangebote für Kinder und schnelles Internet einsetzen. Wir gratulieren herzlich zur Wahl und wünschen eine erfolgreiche Amtszeit!

Neuer Vorsitzender der Jungen Liberalen Hessen

Jorias Bach (24) ist zum neuen Vorsitzenden der Jungen Liberalen Hessen gewählt worden. Er setzte sich mit einem starken Ergebnis gegen einen Mitbewerber durch. Der Nordhesse aus dem Werra-Meißner-Kreis hatte bislang die Position des stellvertretenden Landesvorsitzenden für Organisation inne. Jorias Bach folgt auf Niklas Hannott, der nach drei Jahren als Landesvorsitzender der JuLis nicht mehr kandidierte. Wir gratulieren herzlich zur Wahl, wünschen viel Erfolg und freuen uns auf den gemeinsamen Landtagswahlkampf.



© Kilian Karger



© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Neue Kreisvorsitzende in Marburg-Biedenkopf

Die Landtagsabgeordnete **Lisa Deißler** ist neue Kreisvorsitzende der Freien Demokraten in Marburg-Biedenkopf. Sie wurde von der Kreismitgliederversammlung mit großer Mehrheit als Nachfolgerin von Werner Böhm gewählt, der nun das Amt des Kreischatzmeisters übernommen hat. Lisa Deißler, bislang stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbands, will verstärkt Themen im Landkreis setzen und damit die Sichtbarkeit der Liberalen in den Kommunen erhöhen. Wir gratulieren herzlich und wünschen viel Erfolg!



© Gisela Harte

50-jährige Mitgliedschaft

Im August feierte **Dr. Ernst Wilke** sein 50-jähriges Jubiläum als Mitglied der Freien Demokratischen Partei. Der gebürtige Korbacher war von 1987 bis 1992 Regierungspräsident in Kassel. Er ist Doktor der Agrarwissenschaften und arbeitete unter anderem im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Forsten. Dr. Ernst Wilke war zudem mehr als zehn Jahre Präsident des Landesamts für Landwirtschaft und Landesentwicklung in Kassel. Zum Jubiläum gratulieren wir herzlich und wünschen weiterhin alles Gute!

ANZEIGE

LOTTO hilft Hessen



143 Mio. €* pro Jahr für Sport, Kultur, Soziales, Denkmalpflege und Umwelt.



LOTTO
Hessen

f **lottohessen**
www.lotto-hessen.de

Aus den Augen, ohne Sinn?*

* Antiquierte Mindestabstände in Landesglücksspielgesetzen vernichten die Existenzen seriöser Spielhallenbetreiber und ihrer Beschäftigten. Gut kontrollierbare Angebote verschwinden. Dies verschafft illegalen Anbietern eine Sonderkonjunktur. Sie füllen nur zu gerne die Lücken, die durch Zwangsschließungen staatlich konzessionierter Spielhallen entstehen. Nur ein attraktives, an Qualitätskriterien orientiertes Angebot trocknet den illegalen Markt aus und stärkt den Spielerschutz.

www.admiral-games.de